

Az.: 11 O 146/19



Landgericht Potsdam

Im Namen des Volkes

Grund- und Teilschlussurteil

In dem Rechtsstreit

[REDACTED]

- Klägerin -

Prozessbevollmächtigte:

Rechtsanwälte Anwaltsgemeinschaft Dr. Vollmer, Pallasstraße 79, 44575 Castrop-Rauxel

gegen

[REDACTED]

- Beklagter -

Prozessbevollmächtigte:

[REDACTED]

hat das Landgericht Potsdam - 11. Zivilkammer - durch den Vorsitzenden Richter am Landgericht [REDACTED] als Einzelrichter aufgrund der mündlichen Verhandlung vom 15.02.2021 für Recht erkannt:

1. Die von der Klägerin gegenüber dem Beklagten erhobenen Klageanträge auf Zahlung von Schmerzensgeld und Schadensersatz wegen der Verletzung, die die Klägerin am 26.08.2017 in der Pension des Beklagten am kleinen Finger der linken Hand erlitten hat, sind dem Grunde nach mit einer Haftungsquote von 100 % gerechtfertigt.

2. Es wird festgestellt, dass der Beklagte verpflichtet ist, der Klägerin sämtliche materiellen Schäden aus dem Unfall vom 26.08.2017 in der Pension [REDACTED] mit einer Haftungsquote von 100 % zu ersetzen, soweit sie nicht auf Sozialversicherungsträger oder sonstige Dritte übergegangen sind.
3. Die Kostenentscheidung bleibt dem Schlussurteil vorbehalten.

Tatbestand

Die Klägerin beansprucht von dem Beklagten die Zahlung von Schadensersatz und Schmerzensgeld, sowie die Feststellung zukünftigen Schaden zu ersetzen, wegen eines Unfalls, der sich in der Pension des Beklagten zugetragen hat.

Auf Grund eines Beherbergungsvertrages mit dem Beklagten übernachtete die Klägerin, die von Beruf Musiklehrerin ist, im Zeitraum vom 25.08.2017-26.08.2017 gemeinsam mit ihrem Ehemann in der Pension [REDACTED]

Am 26.08.2017 zog sich die Klägerin in dem gemieteten Zimmer in der Pension des Beklagten eine Quetschverletzung sowie eine offene Endgliedfraktur Grad III des Kleinfingerendgliedes der linken Hand zu, was zu einer Amputation von zwei Kleinfingerendgliedern und einem stationären Aufenthalt im Ernst-von-Bergmann-Klinikum in Potsdam in der Zeit vom 26.08.-07.09.2017 führte. Der im genannten Krankenhaus am 26.08.2017 erfolgte Versuch, das Kleinfingerendglied zu erhalten scheiterte, nachdem sich eine Nekrose eingestellt hatte. Am 01.09.2017 erfolgte daher die Amputation eines Kleinfingerendgliedes. Wegen der Einzelheiten der im genannten Krankenhaus vorgenommenen Behandlungen wird auf das Schreiben des Ernst von Bergmann Klinikums vom 12.10.2017 (Bl 16) Bezug genommen. Am 09.09.2017 begab sich die Klägerin nochmals zur Kontrolle in das Ernst-von-Bergmann-Klinikum in Potsdam. Dort versorgte der behandelnde Arzt die Wunde mit einem Folienverband, der das Wachstum von Fingerweichteilen um den offenen Fingerendgliedknochen anregen sollte. Am 21.09.2017 wurde im Universitätsklinikum Münster der aus der Operationsstelle herausragende Knochen gekürzt, sodass der Fingerknochen jetzt bis zum 1. Fingerknochen gekürzt ist. Wegen der Darstellung des medizinischen Ergebnisses der Behandlung wird auf den Arztbericht [REDACTED] vom 8.7.2019 (Bl 20) Bezug genommen. Die Klägerin war in der Zeit vom 26.08.2017-04.11.2017

arbeitsunfähig krankgeschrieben.

Die Sitzecke in dem gemieteten Pensionszimmer bestand aus drei separaten Sessel- und Sofaelementen. In der Mitte der Anordnung befand sich ein schwerer Marmortisch. Die Platte des Tisches lag lose und nur vom eigenen Gewicht getragen auf den Sockelelementen (Füßen). Die Schenkel der beiden Sockel (Füße) waren zur Mitte des Tisches hin ausgerichtet. Wegen der Einzelheiten der Möbelsituation wird auf das Foto im Schriftsatz der Klägerin vom 05.12.2019 (Bl 126) Bezug genommen, welches eine ähnliche Möblierung zeigt.

Unstreitig fand der Beklagte - wie er in der mündlichen Verhandlung am 15.02.2021 erklärt hat – im zeitlichen Zusammenhang mit dem von der Klägerin behaupteten Unfallgeschehen den Couchtisch zusammengebrochen im Pensionszimmer vor, wobei die Schenkelplatten der Füße des Tisches nicht mehr verklebt, sondern auseinandergerissen waren.

Die Klägerin behauptet, auf einem der zur Sitzecke des gemieteten Zimmers gehörenden Sessel gesessen zu haben. Die Sockelelemente des Tisches seien nicht symmetrisch, sondern in einem 120-Grad-Winkel angeordnet gewesen.

Sie habe sich sodann die Schuhe zubinden wollen. Um an ihre Schuhe zu gelangen, habe sie den Tisch ein kleines Stück verschieben wollen. Um diesen zu bewegen, habe sie gegen die Platte gedrückt. Die Platte sei unvermittelt auf der Seite der Klägerin hochgeklappt und die beiden Sockel und die Platte seien in sich zusammengefallen. Im Zuge dessen sei das obere Glied des kleinen Fingers der linken Hand der Klägerin zwischen Platte und Sockel geraten. Dies habe zu der erlittenen Verletzung geführt.

Die Klägerin behauptet, der Tisch habe einen Mangel aufgewiesen und der geltenden DIN bezüglich der Standsicherheit nicht entsprochen. Die Marmorplatte habe lose auf den Sockelelementen aufgelegt und somit bei normaler Benutzung durch Schieben oder zur Seite rücken, jederzeit kippen können. Es sei für sie jedoch nicht erkennbar gewesen, dass die Marmorplatte nicht fest mit den Sockelelementen verbunden war. Es sei auch nicht naheliegender gewesen, den Sessel anstatt des Tisches zu verschieben. Der Sessel sei zu klobig gewesen, als dass die Klägerin ihn im Sitzen hätte bewegen können.

Die Klägerin ist der Ansicht, dass bei der Vermietung von Zimmern in Pensionen strengere Sorgfaltspflichten als bei der Vermietung von Privaträumen gelten. Es müsse auch auf solche Gefahren abgestellt werden, die nicht offensichtlich sind, vor denen sich der Gast nicht selbst schützen kann und bezüglich derer er in seinen Sicherheitserwartungen getäuscht wird. Der

Beklagte hätte daher mit einem Schild vor der losen Tischplatte warnen müssen oder hätte diese gar nicht erst aufstellen dürfen. Er sei zur regelmäßigen Kontrolle verpflichtet gewesen und hätte den Gästen drohende Gefahren abwenden müssen. Diese Pflichten habe der Beklagte verletzt.

Zudem ist die Klägerin der Ansicht, dass den Beklagten hinsichtlich der Angaben zur Qualität und Beschaffenheit des Tisches eine sekundäre Darlegungs- und Beweislast treffe.

Die Klägerin behauptet, aufgrund des Unfalls in der Zeit vom 26.08.-04.11.2017 in der Haushaltsführung zu 100% eingeschränkt gewesen zu sein.

Die Klägerin behauptet aufgrund der starken Medikamente (Antibiotika, Schmerz- und Narkosemittel) unter Nebenwirkungen in Form von Magen-Darm-Problemen gesundheitlich beeinträchtigt gewesen zu sein.

Sie habe noch heute Schmerzen im Fingerstumpf, in der Handfläche und in den Fingergelenken der linken Hand. Des Weiteren leide sie unter Durchblutungsproblemen im Fingerstumpf, Taubheitsgefühl und extremer Kälteempfindlichkeit. Die Greiffunktion der linken Hand sei nach wie vor eingeschränkt. Dies habe Auswirkungen auf den gesamten Alltag der Klägerin. Das Spielen der Musikinstrumente sei anfangs gar nicht, mittlerweile nur unter Schmerzen und unter Einbuße der Qualität möglich. So könne sie ihrer Tätigkeit als Musiklehrerin nur noch eingeschränkt nachkommen. Sie habe geplant, nach ihrer beruflichen Tätigkeit im staatlichen Schuldienst als Organistin und Chorleiterin tätig zu werden, um auf diesem Weg ihre Pension aufzubessern und sich als Musikerin zu verwirklichen.

Das tägliche Musizieren und regelmäßige Auftritte hätten eine erhebliche Bedeutung für ihre persönliche Freizeit- und Lebensgestaltung gehabt. Durch den Unfall habe die Klägerin auch in psychischer Hinsicht negative Einwirkungen in Form einer anhaltenden, psychoreaktiven posttraumatischen Störung und einer Neuropathie mit Parästhesien des linken Kleinfingers erlitten.

Die Klägerin verlangt von dem Beklagten die Zahlung eines Schmerzensgeldes i.H.v. 12.500 €. Ferner begehrte sie die Zahlung eines Haushaltsführungsschadens i.H.v. 2230 €. Sie bewohne gemeinsam mit ihrem Ehemann ein Haus mit einer Wohnfläche von 180 m². Der Garten sei 480 m² groß. Die Böden in Küche und Essraum würden sechsmal pro Woche gesaugt und gewischt; die Sanitärräume täglich gesäubert; das Schlafzimmer zweimal wöchentlich gereinigt. An Haushaltstätigkeiten falle zudem das Waschen von Wäsche sowie einkaufen und kochen an. Insgesamt seien die Klägerin und ihr Ehemann 39 Stunden wöchentlich mit Haushaltstätigkeiten

beschäftigt. Davon entfallen auf die Klägerin 22 Stunden. Sie sei in der Zeit vom 26.08.2017 bis 04.11.2017 nicht in der Lage gewesen Haushaltstätigkeiten auszuführen. Dies seien 223 Stunden. Bei einem Stundensatz von zehn Euro ergebe sich der Haushaltsführungsschaden i.H.v. 2230 €.

Die Klägerin verlangt zudem die Zahlung von 2631 € für Arzt und Krankenbesuche. Wegen der Einzelheiten wird auf die Anl. K5 Bezug genommen. Ferner verlangt die Klägerin die Zahlung von Übernachtungskosten in Höhe von Euro 508,98 €. Wegen der Einzelheiten wird auf die Anl. K6 Bezug genommen.

Auch verlangt die Klägerin die Zahlung von 25 € als allgemeine Kostenpauschale.

Die Klägerin beantragt,

1. Der Beklagte wird verurteilt, an die Klägerin ein angemessenes Schmerzensgeld, mindestens aber 12.500,00 € nebst 5%-Punkten Zinsen über dem jeweiligen Basiszinssatz seit dem 19.07.2018 zu zahlen
2. Der Beklagte wird verurteilt, an die Klägerin 6.357,26 € nebst 5%-Punkten Zinsen über dem Basiszinssatz nach folgender Staffel zu zahlen:

auf 4.454,23 € seit dem 19.07.2018 zu zahlen,

auf 1.903,03 € seit Rechtshängigkeit
3. Der Beklagte wird verurteilt, an die Allianz RS-Service GmbH, 10900 Berlin, [REDACTED]
[REDACTED] auf das Konto IBAN: DE02370800400980295200 bei der Commerzbank AG Köln (BIC: DRESDEFF370) 1.404,77 € nebst Zinsen in Höhe von 5%-Punkten über dem Basiszinssatz seit Rechtshängigkeit zu zahlen,
4. den Beklagten zu verurteilen, an die Klägerin 150,00 € nebst Zinsen in Höhe von 5%-Punkten über dem Basiszinssatz seit Rechtshängigkeit zu zahlen,

5. festzustellen, dass der Beklagte verpflichtet ist, der Klägerin sämtliche materiellen Schäden aus dem Unfall vom 26.08.2017 in der Pension [REDACTED] zu ersetzen, soweit die Ansprüche nicht auf Sozialversicherungsträger oder sonstige Dritte übergehen.

Der Beklagte beantragt,

die Klage abzuweisen.

Der Beklagte bestreitet, dass der Unfall habe sich wie von der Klägerin behauptet zugetragen habe. Es sei lebensfremd, zum Zwecke des Zubindens der Schnürsenkel den Tisch zu verschieben. Es sei vielmehr naheliegend, die Sitzposition oder die Position des Sitzmöbels entsprechend zu ändern. Zudem sei nicht nachvollziehbar, dass der Sessel schwerer zu verschieben gewesen sein soll als der Marmortisch, zumal die Klägerin das hohe Gewicht des Tisches selbst betont habe. Es sei nur unter enormem Krafteinsatz möglich gewesen, die Platte zu verschieben. Es sei auch anhand der klägerischen Schilderungen nicht nachvollziehbar, wie der Finger der Klägerin zwischen Platte und Sockel geraten konnte. Der Ehemann der Klägerin habe das Unfallgeschehen nicht beobachten können, da er sich zum Zeitpunkt des Unfalls im Badezimmer aufgehalten habe.

Der Beklagte ist der Ansicht, dass eine Sicherung, die jede denkbare Schädigung ausschließt, nicht erreichbar sei. Vielmehr seien nur solche Gefahren abzuwenden, die bei bestimmungsgemäßer oder nicht ganz fernliegender bestimmungswidriger Nutzung drohen.

Der Beklagte behauptet, der Tisch sei vom Hersteller erworben und nach dessen Vorgaben aufgebaut worden. Überdies sei erkennbar gewesen, dass es sich um einen sehr schweren Marmortisch gehandelt habe. Die textile Auslegware, auf welcher der Marmortisch stand, habe zudem rutschhemmend gewirkt. Der Beklagte habe nicht damit rechnen können, dass Gäste versuchen würden, den Tisch zu verschieben. Im Rahmen der Reinigung des Zimmers sei der Tisch zwar bewegt und wieder aufgestellt worden. Das Servicepersonal habe dabei jedoch jeweils die Standsicherheit des Tisches überprüft. Der Tisch habe seit 1994 in dem Zimmer gestanden, ohne dass sich Probleme ergeben hätten.

Der Beklagte behauptet, der Tisch sei nicht mehr in seinem Besitz. Auch wenn auf der Homepage der Pension eine Zeit lang noch mit einem Bild geworben wurde, auf dem der Tisch zu sehen war, sei dies kein Nachweis dafür, dass der Tisch noch vorhanden ist.

Der Beklagte ist der Ansicht, dass sich die Klägerin aufgrund ihrer Verhaltensweise ein weit überwiegendes Mitverschulden anrechnen lassen müsse.

Die Beklagte bestreitet, dass die Klägerin in der Haushaltsführung zu 100 % eingeschränkt gewesen sei. Bestritten wird auch, dass als Folge der Verletzung weiterhin Schmerzen; Durchblutungsprobleme im Fingerstumpf sowie ein Taubheitsgefühl und eine extreme Kälteempfindlichkeit vorhanden sei. Auch sei auch nicht eingeschränkt. Bestritten wird ebenfalls, dass der Unfall psychische Folgen für die Klägerin gehabt habe. Das Schmerzensgeld i.H.v. 12.500 sei daher überhöht.

Die geltend gemachten Fahrtkosten seien nicht nachvollziehbar. Nicht ersichtlich sein, warum Übernachtung in Potsdam oder in der Schweiz erforderlich gewesen sein. Eine Nebenkostenpauschale sei sowieso nicht geschuldet. Mit Nichtwissen wird bestritten, dass die Rechtsschutzversicherung irgendwelche ärztlichen Rechnungen beglichen habe.

Wegen des weiteren Vortrags der Parteien wird auf die gewechselten Schriftsätze und eingereichten Unterlagen Bezug genommen.

Das Gericht hat Beweis erhoben gemäß Beweisbeschluss vom 10.02.2020 (Bl.139 d. Akte). Wegen des Beweisergebnisses wird auf das schriftliche Gutachten des Möbelsachverständigen [REDACTED] Bezug genommen

Das Gericht hat die Klägerin und den Beklagten persönlich angehört und Beweis erhoben durch Vernehmung des Zeugen [REDACTED]. Der Sachverständige hat das Gutachten in der mündlichen Verhandlung zudem erläutert. Zum Inhalt der Parteianhörung und zum Inhalt der Beweisaufnahme wird auf das Protokoll der mündlichen Verhandlung vom 15.02.2021 verwiesen.

Entscheidungsgründe

Die zulässige Leistungsklage ist dem Grunde nach begründet; denn die Klägerin hat gegenüber dem Beklagten aus dem Beherbergungsvertrag einen Schadensersatzanspruch gemäß § 536 a I BGB. Die Entscheidung zur Höhe des Anspruches hängt von einer weiteren Beweisaufnahme, unter anderem einem Sachverständigengutachten zur Frage der Beeinträchtigung der Klägerin aufgrund der Verletzung ab. Das Gericht hat daher gemäß § 304 ZPO durch ein Grundurteil entschieden. Die Feststellungsklage ist ebenfalls begründet gemäß den § 536a I BGB, 256 ZPO begründet

Deliktische Haftung

Ein Anspruch der Klägerin gemäß § 823 Abs. 1, Abs. 2 BGB ist allerdings nicht bewiesen; insbesondere konnte die beweisbelastete Klägerin im Rahmen der durchgeführten Beweisaufnahme nicht beweisen, dass der Beklagte eine Verkehrssicherungspflicht, die ihm gegenüber der Klägerin oblag, verletzt hat.

Die Möblierung im Pensionszimmer verstieß nicht gegen Din-Normen. Din-Normen sind zwar keine Schutzgesetze im Sinne des §§ 823 Abs. 2 BGB (Palandt, 80. Aufl., § 823 Rn. 66). Din-Normen können allerdings den Standard von Verkehrssicherungspflichten umschreiben (Palandt, BGB, 80. Aufl., § 823 Rn. 4). Bezüglich der Möblierung eines Zimmers in einem Hotel liegt eine Verletzung einer Verkehrssicherungspflicht vor, wenn diese einer DIN-Vorschrift nicht oder nicht mehr entspricht und die eingetretene Verletzung mit einem Verstoß gegen die DIN in ursächlichem Zusammenhang steht. Dabei kommt es nicht darauf an, ob zum Zeitpunkt der Anschaffung der Möblierung die DIN eingehalten wurde, denn die Möblierung unterliegt keinem Bestandsschutz.

Im Ergebnis der Begutachtung durch den Sachverständigen [REDACTED] kann hier nicht festgestellt werden, dass die verwendete Tischmöblierung gegen eine DIN-Norm verstieß. Der Sachverständige hat hierzu in seinem Gutachten ausgeführt, dass die DIN EN 1730 keine Anforderungen für Möbel enthält; sie liegt nur Prüfverfahren zur Bestimmung der Standsicherheit fest. Die Anforderung für die Standsicherheit und Dauerhaltbarkeit für Couchtische im Wohnbereich befindet sich in der DIN EN 12521. Sie gilt nicht für Tische, deren Tischplatten nicht an den Unterbau befestigt sind; also nicht für den hier zu beurteilenden Tisch.

Auch die DIN 15372 findet auf den hier zu beurteilenden Tisch keine Anwendung. Zwar würde ein Verstoß gegen diese DIN vorliegen, weil - wie der Sachverständige anlässlich seiner Anhörung in der mündlichen Verhandlung am 15.02.2021 ausgeführt hat - diese DIN Tische behandelt, deren Tischplatte nicht befestigt ist, was hier der Fall war. Die DIN 15372 ist aber nicht anzuwenden. Der Sachverständige hat anlässlich seiner Anhörung in der mündlichen Verhandlung am 15.02.2021 ausgeführt, dass die DIN 15372 die Anforderung an Tische im nicht Wohnbereich regelt, worunter der öffentliche Raum zu verstehen ist. Ob ein Hotelzimmer ein öffentlicher Raum ist oder ein privater Raum ist eine Rechtsfrage, die vom Gericht dahin beantwortet wird, dass ein Pensions- oder Hotelzimmer nicht dem öffentlichen Raum zugehörig ist. Denn ein vermietetes Pensions- oder Hotelzimmer ist immer nur einem bestimmten beschränkten Personenkreis zugänglich. Anderes würde gelten, wenn der Tisch sich z.B. im frei zugänglichen Bereich des Hoteleingangs befinden würde.

Eine sonstige Verletzung von Verkehrssicherungspflichten, etwa durch die bloße Verwendung des – schweren – Tisches mit aufgelegter und nicht befestigter Tischplatte, ist nicht gegeben, Denn es kann nicht festgestellt werden, dass durch diesen Tisch von vornherein eine besondere Gefahr ausging.

Es ist auch nicht ersichtlich, dass der Beklagte den Tisch bezüglich eventueller baulicher Mängel hätte prüfen müssen, denn Anhaltspunkte dafür, dass Mängel bestanden, sind nicht ersichtlich. Eine Sicherung, die jede Schädigung ausschließt, ist nicht erreichbar (vgl. BGH NJW 2013, 48). Erforderlich ist die Abwehr von Gefahren, die bei bestimmungsgemäßer oder bei nicht ganz fernliegender bestimmungswidriger Nutzung drohen (vgl. BGH NJW 1978, 1629). Ferner ist im Ergebnis der Beweisaufnahme nicht bewiesen, aus welchem Grund der Tisch zusammengebrochen ist, sodass eine Kausalität zwischen der Verletzung und der Verletzung einer Verkehrssicherungspflicht nicht bewiesen ist. Zwar hat die Beklagte den Tisch nach dem Unfall entsorgt, sodass eine Prüfung der Ursachen des Zusammenbruchs des Tisches nicht erfolgen konnte. Dass der Beklagte dies zum Zweck der Beweisvereitelung durchgeführt hat, ist allerdings nicht bewiesen, sodass eine Beweislastumkehr aus Gründen einer Beweisvereitelung nicht geboten ist.

Dass der Beklagte die Füße des Tisches fehlerhaft positioniert hat, ist - wie unten noch ausgeführt wird - nicht mit der erforderlichen Sicherheit beweisen, da neben dieser Ursache noch eine andere Ursache für den Zusammenbruch des Tisches in Betracht kommt.

Vertragliche - verschuldensunabhängige- Haftung

Die Klägerin hat einen Anspruch auf Schadensersatz gegen den Beklagten gemäß §§ 536a Abs.1 Fall 1, 249 Abs.1, 253 Abs.2 BGB.

Zwischen der Klägerin und dem Beklagten ist ein Beherbergungsvertrag zustande gekommen, bzw. die Klägerin ist in den Schutz Bereich dieses Beherbergungsvertrages einbezogen. Zwar ist nicht vorgetragen, wer den Beherbergungsvertrag mit dem Beklagten abgeschlossen hat. Die Klägerin als Nutzerin des Pensionszimmers allerdings in die Schutzpflichten aus dem unstreitig abgeschlossenen Beherbergungsvertrag einbezogen.

Der Beherbergungsvertrag stellt einen sog. typengemischten Vertrag dar, dessen wesentlicher Bestandteil mietrechtliche Elemente sind. Somit sind die §§ 535 ff. BGB analog anwendbar, vgl. BGHZ 63, 333-338.

Ein Mangel im Sinne des § 536a Abs.1 Fall 1 BGB liegt im Ergebnis der Beweisaufnahme einschließlich der Anhörung der Parteien vor.

Ein Mangel im Sinne des § 536 Abs.1 BGB ist jede nachteilige Abweichung des Ist-Zustandes vom vertraglich vereinbarten Soll-Zustandes. Erfasst sind dabei Beschaffenheitsmerkmale, die der Sache in Ihrer Substanz anhaften.

Gemäß § 286 Abs.1 S.1 ZPO hat das Gericht unter Berücksichtigung des gesamten Inhalts der Verhandlung und des Ergebnisses einer Beweisaufnahme nach freier Überzeugung zu entscheiden, ob eine tatsächliche Behauptung für wahr oder für nicht wahr zu erachten ist. Eine unumstößliche Gewissheit, ob eine Behauptung wahr oder erwiesen ist, ist dabei nicht erforderlich. Vielmehr genügt ein für das praktische Leben brauchbarer Grad an Gewissheit, der Zweifeln Schweigen gebietet. Entscheidend ist, ob das Gericht die an sich möglichen Zweifel überwinden und sich von einem bestimmten Sachverhalt als wahr überzeugen kann (vgl. BGH NJW 1993, 935, 937; BGH NJW 2000, 953, 954).

Kann -wie vorliegend- ein direkter Beweis der Beschaffenheit des Tisches oder der Ursache des unstreitigen Zusammenbruches des Tisches nicht geführt werden, kann der für das praktische Leben brauchbare Grad an Gewissheit auch anhand von Indizien gewonnen werden. Dabei sind nicht nur alle einzelnen Umstände auf ihre Indizwirkung zu überprüfen, sondern darüber hinaus eine Gesamtschau vorzunehmen und die Umstände in ihrem Zusammenwirken zu würdigen. Zu würdigen sind zuerst die Angaben der Klägerin in ihrer persönlichen Anhörung vor Gericht. Zwar ist die Parteianhörung keine Beweisaufnahme im Sinne einer Parteivernehmung gemäß § 447 ZPO oder § 448 ZPO. Allerdings beschränkt sich die freie Beweiswürdigung im Sinne des § 286 Abs.1 S.1 ZPO nicht auf die Würdigung des Ergebnisses einer Beweisaufnahme, sondern ist der gesamte Inhalt der Verhandlung zu berücksichtigen. Zu dem zu berücksichtigenden gesamten

Inhalt der Verhandlung gehören –neben dem Inhalt der Schriftsätze und ihrer Anlagen– insbesondere die Äußerungen der Parteien in ihrer persönlichen Anhörung, welche die §§ 141, 278 Abs.2 S.3 ZPO als Regelfall vorsehen. Die Vorschrift des § 286 Abs.1 S.1 ZPO eröffnet dem Tatrichter sogar die Möglichkeit, allein aufgrund des Vortrags der Parteien in der Anhörung und ohne Beweiserhebung festzustellen, was für wahr und was für nicht wahr zu erachten ist (vgl. BGH NJW-RR 2006, 672 Rn.9; BGH NJW 1982, 940, 941).

Danach ist der Vortrag der Klägerin über den Hergang des Unfalls; insbesondere die Behauptung der Klägerin, die Verletzung ursächlich durch den Zusammenbruch des Tisches bei dem Drücken gegen die Tischplatte entstanden, erwiesen. Denn es besteht ein zeitlicher Zusammenhang zwischen dem unstreitigen Zusammenbruch des Tisches und der Verletzung der Klägerin. Es sind keine Gründe ersichtlich, die darauf hindeuten, dass die Klägerin sich die Verletzung gegebenenfalls auf eine andere Weise als bei dem vom ihr geschilderten Drücken mit den Händen gegen die Tischplatte zugezogen hat, auch wenn es unklar bleibt, wie es genau zu der Verletzung gekommen ist. Auch die Aussage des Zeugen [REDACTED] spricht für den Vortrag der Klägerin über den Schadenshergang. Der Zeuge [REDACTED] hatte sich nur kurz ins Bad begeben und fand nach Rückkehr in das Pensionszimmer die Klägerin und die verletzte Klägerin sowie den zusammengebrochenen Tisch vor. Die Aussage des Zeugen ist glaubhaft. Seine Aussage war widerspruchsfrei. Er konnte sich an Details erinnern, wobei der Zeuge auch Erinnerungslücken zugegeben hat. Zwar ist der Zeuge mit der Klägerin verheiratet. Dies allein führt aber nicht zu Zweifeln an der Glaubwürdigkeit der Aussage des Zeugen

Hier ist es im Rahmen der Beweisaufnahme zwar auch unklar geblieben, aus welchem Grund der Tisch tatsächlich zusammengebrochen ist. Ernsthaft in Betracht kommen dabei allerdings nur zwei Schadensursachen. Entweder hat die Verklebung der winkelartigen Füße des Tisches versagt hat, sodass der Tisch aufgrund eines leichten Druckes, den die Klägerin gegen die Tischplatte ausgeübt hat, zusammengebrochen ist, oder die Stellung der winkelartigen Füße des Tisches war so ungünstig, dass es der Klägerin gelungen ist Platte über einen der winkelartigen Füße zuschieben, sodass die Tischplatte nur noch von einem Fuß gehalten wurde, und zusammenstürzte. Diese zuletzt genannte Schadensursache ist gemäß dem Gutachten des Möbelsachverständigen Scheuermann dann möglich, wenn bei ungünstiger Positionierung der Tischbeine mit geringer Kraft von 4 Newton (408 Gramm) auf die Tischplatte eingewirkt wird. Sind die Beine des Tisches allerdings richtig positioniert, ist zum Verschieben der Tischplatte eine Kraft von 200 Newton (20,4 KG) erforderlich. Erst dann rutscht – wie der Sachverständige ausgeführt hat – die Tischplatte über die Füße, wobei ein Zusammenbruch des Tisches erst dann erfolgt, wenn die Füße der Tischplatte keinen Halt mehr bieten.

Das Gutachten des Sachverständigen ist auch verwertbar, obwohl der Sachverständige nicht den zusammengebrochenen Tisch begutachtet hat, weil ein solcher Tisch nicht mehr bei dem Beklagten vorhanden war. Der Sachverständige hat sich einen ähnlichen Tisch verschafft. Dass sich dabei um einen ähnlichen Tisch handelt, steht aufgrund der Erklärung des Beklagten in der mündlichen Verhandlung fest. Dieser hat erklärt er habe die Platte selbst nicht tragen können. Daher ist davon auszugehen, dass es sich um einen schweren Tisch gehandelt hat, ähnlich dem, den der Sachverständige begutachtet hat.

Im Ergebnis der Beweisaufnahme ist daher davon auszugehen, dass ein Mangel am Tisch vorlag, weil entweder Klebung der Füße des Tisches versagten oder die Tischfüße – wie oben ausgeführt – gefährlich positioniert waren.

Es ist auch erwiesen, dass der Mangel bereits bei Vertragsschluss vorhanden war. Dies folgt hier ebenfalls aus dem zeitlichen Zusammenhang zwischen dem Vertragsschluss und dem Zusammenbruch des Tisches. Denn es ist aufgrund des zeitlichen Zusammenhangs zwischen dem Unfallgeschehen und dem Vertragsschluss ganz unwahrscheinlich, dass sich das Versagen der Klebung der Tischbeine, die - wie ausgeführt - mit hoher Wahrscheinlichkeit den Mangel am Tisch darstellte, die ursächlich zu der Verletzung geführt hat, sich erst nach dem Vertragsschluss eingestellt hat. Ob den Beklagten dabei ein Verschulden trifft, ist unerheblich, denn die Haftung gemäß § 536a Abs. 1 (erster Fall) ist verschuldensunabhängig (Palandt, BGB, 80. Aufl., § 536a Rn. 9).

Sollte der Mangel darin bestehen sollte, dass die Tischbeine gefährlich so positioniert waren, dass durch leichten Druck gegen die Platte der Tisch die Stabilität verliert, liegt ebenfalls ein Mangel vor, der bei Vertragsschluss bereits vorlag, denn es ist nicht ersichtlich, dass nach Abschluss des Beherbergungsvertrages die Klägerin oder ein Dritter den Tisch in der genannten gefährlichen Weise positioniert haben. Gegen diese Schadensursachen spricht allerdings die Erklärung des Beklagten in der mündlichen Verhandlung. Dieser hat erläutert, dass er bzw. seine Mitarbeiter, bei Reinigungsarbeiten, die Füße des Tisches immer wieder so positionieren, wie die Abdrücke der Beine auf dem Teppichboden dies erkennen lassen.

Ein Mitverschulden der Klägerin, für das der Beklagte beweisbelastet ist, ist nicht mit der erforderlichen Sicherheit festzustellen. Ein Mitverschulden gemäß § 254 BGB ist ein „Verschulden gegen sich selbst“ (BGH NJW 2014 2493). Der Geschädigte muss die Sorgfalt außer Acht gelassen haben, die nach Lage der Sache erforderlich erscheint, um einen Schaden von sich selbst abzuwenden.

Zwar erscheint es lebensfremd, zu versuchen, den massiven und schweren Marmortisch zu

verschieben. Zudem wäre es der Klägerin auch ohne weiteren Aufwand möglich gewesen, die Sitzposition zu ändern oder sich eine andere Sitzgelegenheit zu suchen, um sich die Schuhe zuzubinden. Dies allein begründet aber kein Mitverschulden, weil auf Grund des versuchten Verschiebens eines Tisches nicht ohne weiteres mit dessen Zusammenbruch gerechnet werden muss. Ein Mitverschulden der Klägerin kämme allerdings dann in Betracht, wenn der Mangel darin bestanden hätte, dass die Beine unter dem Tisch erkennbar gefährlich positioniert gewesen wären, sodass die Klägerin hätte erkennen können, dass durch das Verschieben des Tisches die Beine des Tisches die Stabilität nicht mehr gewährleisten. Ein solcher Sachverhalt ist von dem Beklagten aber nicht bewiesen.

Der Feststellungsantrag ist gemäß § 256 I ZPO zulässig. Die Klägerin hat ein Feststellungsinteresse, denn sie ist durch den Unfall erheblich am Finger verletzt worden, sodass die Schadensentwicklung noch nicht sicher abgeschlossen ist. Der Feststellungsantrag ist auf Grund der Ausführungen oben begründet.

Die Kostenentscheidung bleibt dem Schlussurteil vorbehalten.



Vorsitzender Richter am Landgericht

Verkündet am 12.04.2021



Justizbeschäftigte
als Urkundsbeamtin der Geschäftsstelle

Beglaubigt



Justizbeschäftigte